

Dünnern-Projekt kommt vors Volk

Der Kantonsrat befürwortet den 200-Millionen-Kredit für den Hochwasserschutz.

Adrian Kamber

Es ist eine gewaltige Zahl: 680 Millionen Franken. So hoch ist das geschätzte Schadensausmass, wenn es bei der Dünnern zu einem Jahrhunderthochwasser kommt. Zwischen Oensingen und Olten würden Industrie, Gewerbe, Strassen, Bahn, Landwirtschaftsflächen und Wohnhäuser geflutet, unbrauchbar und zerstört. Im Vergleich dazu sind die 200 Millionen, die das geplante Hochwasserschutzprojekt kostet, zwar auch kein Klacks, aber immerhin gut investiertes Geld.

So sieht es zumindest die Regierung, die im Januar einen entsprechenden Verpflichtungskredit genehmigte. Am Dienstag beugte sich nun der Kantonsrat über das Mega-Projekt.

Der Hintergrund: Weil die bestehenden Schutzbauten an der Dünnern längst ihre Lebensdauer erreicht haben und ohnehin nur für ein 50-jährliches Hochwasser ausgelegt waren, wurde das vorliegende Bauprojekt erarbeitet. In sieben Etappen soll die Dünnern auf einem 19 Kilometer langen Abschnitt zwischen Oensingen und Olten aufgewertet werden.

Der Flusslauf wird wo nur möglich verbreitert und abgeflacht. Wo das aus platztechnischen Gründen nicht geht, wird das Ufer künstlich mit Dämmen oder Schutzbauten erhöht oder der Gewässerlauf ausgebagert und die Bachsohle vertieft. Zudem soll die Dünnern an zwei Hotspots in Oensingen und Hägendorf zu einem begehbaren Naherholungsgebiet aufgewertet werden.

Von den 200 Millionen Franken muss der Kanton allerdings nur die Hälfte selbst bezahlen. Rund ein Drittel der Ge-



Baudirektorin Sandra Kolly präsentierte das Projekt im Januar in Oensingen, wo 2028 mit dem ersten Abschnitt begonnen werden soll.

Bild: Bruno Kissling

samtkosten steuert der Bund bei, weitere 19 Millionen die 13 anliegenden Gemeinden und 10 Millionen von betroffenen Dritten.

10'000 Franken pro Meter

Beim vorliegenden Projekt handelt es sich um einen breit abgestützten Kompromiss, zu dem auch Umweltschutzverbände, Landwirte oder Gemeinden ihre Anliegen einbringen konnten. Entsprechend wird die Vorlage nun von (fast) allen Seiten getragen. Eine echte Diskussion entbrannte im Kantonsrat nicht. Fabian Gloor (Mitte, Oensingen) merkte an: «Bis jetzt hatten wir

rein statistisch grosses Glück, dass noch nichts passiert ist. Was ein Unwetter bewirken kann, haben wir letztes Jahr in Valencia oder 2021 in Deutschland gesehen.» FDP-Fraktions-sprecher Martin Rufer (Lüsslingen) anerkannte den Handlungsbedarf ebenfalls. In seinem Votum verwies er auf die Kosten: «Jeder Meter kostet 10'000 Franken. Für die Gemeinden im Gäu wird dieses Projekt anspruchsvoll. Nicht zuletzt wegen ihrer finanziellen Beteiligung.»

Baudirektorin Sandra Kolly rechnete die Kosten ebenfalls um: «Unter dem Strich verteilen sich die Kosten für den Kanton bei einer Bauzeit von 20 Jahren

auf 5 Millionen Franken pro Jahr.» Und weiter: «Jeder investierte Franken verhindert einen Schaden von 1.80 Franken.»

Oberster Bauer stimmt symbolisch ab

Durch das Bauprojekt werden rund 10 Hektaren landwirtschaftliche Nutzfläche beansprucht. Darum meldete sich auch Edgar Kupper (Mitte, Laupersdorf) als Geschäftsführer des Solothurner Bauernverbands zu Wort. «Die Landwirtschaft respektiert das Schutzbedürfnis der Bevölkerung. Auch der grösste Teil der Gäuer Bauern bewertet den Prozess als fair.» Auch wenn nicht alle

glücklich damit seien, werde es bei der Volksabstimmung keine Fundamentalopposition von der Landwirtschaftsseite geben, so Kupper.

Der Kantonsrat stimmte dem 200-Millionen-Kredit mit 90 Ja- bei 2 Nein-Stimmen zu. Edgar Kupper enthielt sich symbolisch.

Wenn das Bauprojekt nun im September vom Volk gutgeheissen wird, kann 2028 mit den Bauarbeiten der ersten Etappe begonnen werden. «Wenn alles fertig ist, freue ich mich, wenn ich dann als 78-jährige die Füsse in die Dünnern halten kann», schloss Kolly die Diskussion.

Nachgefragt

Stefan Nünlist zu seinem Rücktritt

An der Delegiertenversammlung der FDP gab Parteipräsident Stefan Nünlist bekannt, dass er unverzüglich zurücktritt.

Im Januar hatten Sie den Rücktritt zu den Sommerferien angekündigt, Stefan Nünlist. Woher kommt der Sinneswandel?

Stefan Nünlist: Ich habe mir das in der Nacht auf Montag überlegt. Leicht ist mir der Entschluss nicht gefallen, denn ich war wahnsinnig gern Präsident der FDP. Die Abwahl hat mich getroffen, zwei oder drei Jahre wäre ich gern noch im Kantonsrat geblieben. Aber ich nehme das Signal ernst, dass es jetzt Veränderung braucht. Sofort.



Dass Sie als Kantonsrat abgewählt wurden, hat auf das Amt als Parteipräsident keinen Einfluss.

Doch. Für die Partei ist es wichtig, dass ein richtiger Strich gezogen wird. Als angezählter Präsident kann man keine Partei führen und Menschen mobilisieren.

Die Vizepräsidenten, Christian Thalmann und Sabrina Weisskopf, müssen jetzt einspringen. Wie haben sie auf den Entscheid reagiert?

Mit Betroffenheit. Aber sie verstehen mich. Bei ihnen ist die FDP Kanton Solothurn in guten Händen.

Wie nutzen Sie die freie Zeit?

Ich habe an der Theologischen Fakultät in Luzern berufs begleitend den Masterstudiengang «Purpose Driven Leadership» begonnen und freue mich, dafür nun mehr Zeit zu haben. (dd)

Sexualkunde erhitzt Gemüter

Debatte um zwei Vorstösse zur Schule führte zu einer Entgleisung.

Daniela Deck

Sexualkunde in der Schule ist ein heikles Thema. Das gilt auch für den Kantonsrat, der sich dazu am Dienstag mit zwei Vorstössen der Grünen befasste. Dabei hatte sich Interpellant Christof Schauwecker (Zuchwil) mit der Antwort der Regierung zufrieden erklärt.

(Zu) viele Themen auf einmal

Er hatte Fragen dazu gestellt, wie Lehrkräfte vor Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung geschützt werden und wie «zeitgemässer und professioneller Sexualkundeunterricht trotz Druckversuchen von fundamentalistischen Kreisen» stattfindet. Von da schlug Schauwecker den Bogen zum Schutz der ganzen LGBTQ+-Community vor Diskriminierung. Schliesslich sei es «nicht selbstverständlich, dass queere Jugendliche sich normal füh-

len». Das empörte Beat Künzli (SVP, Laupersdorf) als «Normalen» mit Grossfamilie so, dass er sagte: «Diskriminiert werden heute Personen, die ein Familienmodell mit einem Vater, einer Mutter und Kindern hochhalten.» Er unterstellte dem Interpellanten, alle als Fundamentalisten abzustempeln, die dessen Meinung nicht teilen. Künzli verlangte, schulische Sexualkunde auf ein Grundwissen zu beschränken, das weder Kinder überfordert noch sie oder die Eltern verwirrt.

Mitinterpellant Daniel Urech (Dornach) kündigte an, das Protokoll abzuhearschen, um herauszufinden, ob das SVP-Votum regelkonform sei.

Um Sachlichkeit bemüht, wies Silvia Fröhlicher (SP, Belach) darauf hin, dass die Themenbreite im Vorstoss irritierend sei und man mit Mobbingvorwürfen vorsichtig sein solle. Nicole Hirt (GLP, Grenchen) sagte aus Erfahrung als Gesamt-

schulleiterin, dass es Lehrpersonen gebe, die sich mit der Sexualkunde «nicht so wohl fühlen». Für sie sei die Auslagerung eine gute Lösung.

Schauwecker fühlte sich von Künzlis Votum so getroffen, dass er sich weigerte, an der Ratsleitungssitzung teilzunehmen. Auch die Bitte, teilzunehmen, die Ratspräsident Roberto Conti (SVP, Bettlach) an seinen «ehemaligen Schüler» richtete, war vergeblich.

Nach der Pause, zur Interpellation von Laura Gantenbein (Solothurn), hatte sich die Lage beruhigt. Ihre Erkenntnis: dass die Qualität der Sexualkunde offenbar vom Schulstandort und dem Budget abhängt. Sie zeigte sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

Künzli sagte, es tue ihm leid, wenn Schauwecker sich persönlich angegriffen gefühlt habe. Er habe die Haltung angreifen wollen, nicht die Person.

Ja zum Vereinslotto

Kantonsrat revidiert das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz.

Daniela Deck

Einerseits ging es um behördliche Kontrollen in Liegenschaften, in denen gewirtet oder gespielt wird, andererseits mussten die Regeln für das Lotto im Säli gesetzlich festgeschrieben werden. Mit beiden Themen befasste sich der Kantonsrat am Dienstag im Rahmen der Teilrevision des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes.

Bisher war nur bei Betrieben für Sexarbeit die Kontrolle vor Ort im Gesetz geregelt, für Gastbetriebe und Kleinspiele hingegen auf Verordnungsebene. Auf Geheiss des Obergerichts muss das geändert werden. «Kontrollen sind nötig», sagte der Kommissionssprecher der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission, Kuno Gasser (Mitte, Nunningen).

SVP befürchtet Mehrkosten

Schliesslich sei es nicht zielführend, wenn Betreiber nach dem

Entzug der Bewilligung einfach weitermachen. Zudem würden Kontrollen helfen, den Jugendschutz durchzusetzen, etwa wenn Alkohol ausgeschenkt wird.

Diese Auffassung teilten alle Fraktionen, wobei die SVP verlangte, schwarze Schafe in einer gesonderten Statistik auszuweisen, samt Nennung der Nationalität. Fraktionssprecher Johannes Brons (Schönenwerd) sagte zudem, Schliessungen dürfe es «nur bei erhärtetem Verdacht» geben.

Aus für Profi-Lotterien

Dazu sagte Volkswirtschaftsdirktorin Brigit Wyss: «Wir haben überhaupt nicht die Absicht, mehr zu kontrollieren.» Matthias Borner (SVP, Olten) kündigte an, ein Auge auf künftige Globalbudgets zu haben und an die Kostenneutralität zu erinnern, sollten mehr Kontrolleure eingestellt werden. Das Ja zur Kontrolle war einstimmig.

Ebenso einhellig unterstützten die Fraktionen das Verbot professioneller Lotteriebetreiber, von denen rund sechs im Kanton aktiv seien. Sind diese Profis aus dem Weg, sollte nach Aussage von Gasser das kantonale Kontingent von 820'000 Franken ausreichen, damit Vereinslotos unkompliziert und wie gewohnt durchgeführt werden können.

Auch ein gewisser Anteil von Preisen in Form von Gutscheinen, das heisst Geldpreisen, bleibt erlaubt. SP-Sprecher Simon Esslinger (Gempfen) sagte: «Die Unterscheidung zwischen Sachpreis und Geldpreis ist essenziell, um Geldwäscherei bekämpfen.»

Markus Dietschi (Selzach) sagte namens der FDP: «Für sehr viele Vereine sind diese Lottos überlebenswichtig. Starke Vereine sind wichtig für die Gemeinden.»

Auch zu den Bedingungen für Tombola und Co. sagte der Kantonsrat einstimmig Ja.